



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Meldestelle Antifeminismus
(Kap. 10 07 TG 61 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird in der TG 61 (Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung/Bayerischer Aktionsplan QUEER)) ein neuer Tit. „Meldestelle Antifeminismus“ ausgebracht und für die Jahre 2026 und 2027 jeweils mit 85,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Begründung:

Kaum ein anderes gesellschaftspolitisches Feld wird derart massiv, aber gleichzeitig unbemerkt angegriffen wie die Gleichstellungsarbeit, Frauen- und Familienpolitik und zivilgesellschaftliches Engagement für Geschlechtergerechtigkeit. Antifeminismus wirkt, indem es zum Rückzug von wichtigen Stimmen führt, schränkt die Selbstbestimmung sowie zivilgesellschaftliche und politische Diskurs- und Handlungsräume ein. Antifeminismus erscheint auch in Verknüpfung mit anderen Formen von Diskriminierung und Ungleichheit wie Rassismus, Queerfeindlichkeit und Ableismus. Betroffene, wie z. B. Frauen mit Migrationsgeschichte, queere Personen und Menschen mit Behinderungen sind dann mehrfach von Diskriminierung betroffen. Eine Meldestelle Antifeminismus soll auf Landesebene eingeführt werden. Diese Stelle soll regionalspezifische Zahlen über das Ausmaß sowie die Qualität von antifeministischen Angriffen gegenüber Frauen, LGBTIQ+ und diejenigen, die sich für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Bayern einsetzen, sammeln und über Antifeminismus aufklären. Dadurch wird Politik und Gesellschaft für das Ausmaß an Antifeminismus sensibilisiert. Diese Daten liefern dann auch wichtige Grundlagen für zukünftige politische Gegenmaßnahmen.